

V-6

Barbara Steffens u.a.

Antrag für die LDK in Hagen 20.-22. März 2009

Resolution

Gesundheitsversorgung angemessen und fair bezahlen!

Zunehmend macht sich innerhalb der Bevölkerung und der Ärzteschaft Unmut über die absolut defizitäre Gesundheitspolitik der schwarz-roten Bundesregierung breit. Hatten noch nach der letzten Bundestagswahl zahlreiche BürgerInnen gehofft, dass gerade eine große Koalition dauerhaft finanzielle Stabilität in die Gesundheitsversorgung bringen würde, so ist jetzt klar: diese Koalition hat das Gegenteil von Finanzierungssicherheit auf den Weg gebracht:

Der Gesundheitsfonds, der nichts anderes als ein Formelkompromiss zum Zeitaussitzen bis zur kommenden Bundestagswahl sein sollte, ist ein Eurograb und verschlingt mit seiner Bürokratie massenhaft Krankenkassenbeiträge der Versicherten. Der Gesundheitsfonds belastet nur zusätzlich die Versicherten, denn der nun eingeführte Einheitsbetrag für alle Kassen hat für viele Versicherte zu höheren Beiträgen geführt. Negativ wirkt sich der Gesundheitsfonds auch auf das Spektrum der Behandlung aus. Es zeichnet sich ab, dass die Kassen kaum noch neue Therapieformen bezahlen, sondern nur noch das, was sich über den Fonds gut refinanzieren lässt. Er muss nach der nächsten Wahl, so wie er jetzt ist, abgewickelt und endlich eine Bürgerversicherung auf den Weg gebracht werden.

Auch die Einführung und Umsetzung der E-Card wird massive Probleme und Kosten nach sich ziehen. Stattdessen brauchen wir eine einheitliche, sichere und vor allem praxistaugliche IT-Lösung für einen besseren Datenabgleich unter den ÄrztInnen.

Aber auch die neue Honorarvergütung für Ärzte ist mehr als dilettantisch umgesetzt und für NRW eine Katastrophe. Zwar ist hier die Politik nicht allein verantwortlich, aber es wäre auch falsch die Schuld allein bei der KBV abzuladen.

Trotz erheblicher Aufstockung des Finanzierungsvolumens wird die Reform gerade in NRW zu starken finanziellen Einbußen bis hin zur Existenzgefährdung für Ärzte führen. Viele FachärztInnen und HausärztInnen in NRW werden durch die neue Berechnungslage eine erhebliche Benachteiligung gegenüber ihren KollegInnen in vielen anderen Bundesländern erfahren. Es ist aus unserer Sicht nicht hinnehmbar, dass Ärztinnen und Ärzte in NRW für die gleiche Leistung je nach Fachgebiet weit weniger Geld erhalten als KollegInnen in anderen Bundesländern. Wenn eine Kinder- und Jugendpsychiaterin für einen Jugendlichen für alle Leistungen in einem Quartal unter 100,- Euro erhält, oder ein Augenarzt für die Behandlungen in einem Quartal unter 20,- Euro bekommt, wird unsere Facharztversorgung in einigen Bereichen bald nicht mehr so wie bisher vorhanden sein.

Hier hat die große Koalition in Berlin ein großes Chaos angerichtet.

Deshalb fordern wir unsere Bundestagsfraktion auf, sofort im Bund aktiv zu werden, damit es Nachbesserungen an diesem Finanzierungssystem gibt und für die Ärztinnen und Ärzte in NRW keine Schieflage entsteht. Denn eine gute Gesundheitsversorgung muss auch angemessen und fair bezahlt werden.

UnterzeichnerInnen:

Barbara Steffens, KV Mülheim an der Ruhr
Harald Wölter, KV Münster
Janosch Dahmen, KV Ennepe-Ruhr
Maria Klein-Schmeink, KV Münster
Thomas Marczinkowski, KV Münster
Frithjof Schmidt, KV Bochum
Ewald Groth KV Bochum
Christoph Gormanns KV Düsseldorf
Ralf Becker (KV Mönchengladbach)
Johannes Rimmel, KV Siegen
Jürgen Pastowski, KV Gelsenkirchen
Stefan Schweers, KV Mülheim an der Ruhr
Sigrid Beer, KV Paderborn
Börje Wichert, KV EN
Susanne Dippel, KV EN
Jörg Obereiner, KV EN
Martin-Sebastian Abel, KV Düsseldorf
Angela Stein-Ulrich, KV Neuss
Marco Becker, KV Neuss
Petra Schmidt-Michsmann, KV Wesel
Ulle Schauws, KV Krefeld
Verena Schloemer, KV Düren